

Oktober 2014

Martin Häusling

POSITIONSPAPIER

zum

Verbraucherschutz-, Umwelt- und Agrarbereich in CETA

CETA steht für *Comprehensive Economic and Trade Agreement*, was soviel heißt wie „Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen“ zwischen Kanada und der EU. Seit 2009 wird über CETA verhandelt. Das Abkommen soll Zölle für Güter und Dienstleistungen abbauen, die Exportquoten für Agrarprodukte erhöhen und Unternehmen Zugang zu öffentlichen Aufträgen verschaffen. Derzeit ist Kanada der zwölftwichtigste Handelspartner der EU. Die Regierung in Ottawa hofft durch CETA auf rund 18.000 neue Jobs. Für die EU ist das Abkommen ein Testfall für TTIP, das Freihandelsabkommen mit den USA.

Kritik an CETA wurde in den letzten Monaten besonders bezüglich des Investitionsschutzkapitels geäußert, aber auch wegen seiner großen Ähnlichkeit zu dem hoch umstrittenen multilateralen Urheberrechtsabkommen ACTA. Die Verhandlungstexte von ACTA und CETA gleichen sich teilweise bis aufs Wort. Mit ACTA sollten internationale Standards im Kampf gegen Produktpiraterie und Urheberrechtsverletzungen etabliert werden. Nach umfangreichen internationalen Protesten lehnte das Europäische Parlament ACTA am 4. Juli 2012 mit großer Mehrheit ab. Die Wiederaufnahme des unveränderten Textes in CETA ist ein Affront gegenüber der Mehrheitsentscheidung des EP.

Verbraucherschutz

Zulassungsverfahren für Gentechnik „lobby-based“?

[Der Vertrag](#) sieht eine Unterstützung für sogenannte „effiziente, wissenschaftlich basierte“ („efficient science-based“) Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Organismen (GVO) vor (Kapitel „Weitere Bestimmungen...“, S. 450). Das ist insbesondere vor dem Hintergrund eines vom EU-Zulassungsverfahren stark abweichenden, auf der alleinigen Risikoeinschätzung der Antragsteller (also der Entwickler der GV-Pflanzen) basierenden Zulassungsprozesses in Kanada problematisch. Solange Arbeiten unabhängiger Wissenschaftler bei der Risikobewertung nicht gleichwertig berücksichtigt werden, ist die Bezeichnung „science-based“ nur eine andere Beschreibung für „lobby-based“. Außerdem könnte die Ergänzung der Risikobewertung in den EU-Zulassungsverfahren für GMO um sozioökonomische oder ethische Auswirkungen auf diesem Wege verhindert werden. Überdies stellt diese Formulierung das bisher ausschließlich in der EU verankerte Vorsorgeprinzip in Frage, welches erlaubt, ein Produkt aus Vorsorgegründen zu verbieten, wenn eine Schädlichkeit nicht eindeutig nachgewiesen werden konnte oder Zweifel bestehen.

Nulltoleranz – wie lange noch?

Die im Text enthaltene Vereinbarung, gemeinsam an einer internationalen Regelung für den Umgang mit Spuren-Verunreinigungen („low level presence“), durch GVO zu arbeiten, zielt eindeutig ab auf eine Auflösung der strikten EU-Nulltoleranz bei Verunreinigungen von Saatgut und Lebensmitteln mit in der EU nicht zugelassenen GVO mittels einer sogenannten „technische Lösung“ (Einführung von Schwellenwerten Kapitel „Weitere Bestimmungen...“, S. 450). Die Nulltoleranz steht seit Jahren unter massivem Lobbydruck von Saatguthändlern.

Umwelt

Dem Abkommen zufolge müssen Umweltgesetze künftig im Einklang mit den in CETA festgelegten Bedingungen stehen (Kapitel Umweltschutz S. 392, diese Formulierung findet sich allerdings auch im Bereich Arbeit und Gesundheit). Dies stellt eine klare Beschneidung des demokratischen Gesetzgebungsprozesses dar, indem bestimmte zukünftige Entwicklungen von Standards (die nicht mit CETA übereinstimmen) von vornherein ausgeschlossen werden. Das Setzen verbindlicher Standards wird außerdem durch die Einigung zur Unterstützung „freiwilliger Systeme im Bereich nachhaltiger Produktion“ unterwandert (Kapitel Nachhaltigkeit, S. 378).

Die Absicht, den Sortenschutz von Pflanzensorten auf Basis des „Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen“, (UPOV)¹ zu verstärken (Kapitel „Geistiges Eigentum“, S. 354), führt den Sortenschutz stark in Richtung Patentrecht. Nachbaurechte und unentgeltlicher Tausch von Saatgut zwischen Landwirten werden dadurch immer mehr eingeschränkt.

Regulatorische Kooperation

Wenn neue Regeln eingeführt werden, erlaubt der Vertrag hier ausdrücklich, die (Handels)-Beteiligten vorher anzuhören (Kapitel Zusammenarbeit in Regulierungsfragen, S. 409). Damit werden wichtige Entscheidungen weiter in den vordemokratischen Raum verlagert. Eine geplante Regulierung wird zwischen Beamten und Lobbyvertretern aus der EU und Kanada diskutiert, bevor irgendein Parlament in Europa sie zu Gesicht bekommt. Geplante Regulierungen werden Folgeabschätzungen unterzogen, bei denen es hauptsächlich um die Auswirkungen auf den transatlantischen Handel gehen wird – und nicht etwa um die Frage, ob sie unsere Gesundheit schützen oder Finanzmärkte stabilisieren.

¹ Mit der Ratifizierung der UPOV Akte 1991 wurde das „Landwirteprivileg auf gebührenfreien Nachbau“ international abgeschafft. Artikel 15 (2) der UPOV Akte legt allerdings fest: „Den Nachbau von Saatgut können Mitgliedstaaten in beschränktem Maße ausnahmsweise bewilligen.“ Dieser Ausnahmetext wurde aber weder im EU- noch im deutschen Sortenschutzrecht übernommen. Quelle: Gelinsky, E. (2012): Biopatente und Agrarmodernisierung, Universität Göttingen

Agrarbereich

Milchproduktion und Rinderhaltung unter Druck

99 Prozent der Zölle sollen fallen, daher kann nun mehr Käse nach Kanada exportiert werden (Käsekontingent steigt von 13.000 auf 29.000 Tonnen). Das mag für europäische Molkereieriesen schön sein, aber die mehr als 12.000 Milchwirtschaftshöfe in Kanada würden nach Berechnungen des Verbandes Dairy Farmers of Canada (DFC) so pro Jahr insgesamt 150 Millionen Dollar weniger verdienen, weil ihre teuren und zum Teil lokal vermarkteten Käse nicht mit den Niedrigpreisen der EU-Produkte mithalten können. Die hohen kanadischen Käsepreise werden bisher durch ein [System](#) stabilisiert, das feste Quoten für kanadische und ausländische Milchprodukte vorschreibt. So können die kanadischen Farmer faire Preise erzielen. Genau dieses System, welches Milchbauern faire Preise verschafft (bei ebenso fairen Preisen für Verbraucher), setzen wir mit diesem Abkommen extrem unter Druck.

Umgekehrt könnte zukünftig in der EU mehr Schweinefleisch (80.000 Tonnen, bisher 6000 Tonnen) und hormonfreies Rindfleisch (65.000 Tonnen, bisher 15.000 Tonnen) aus Kanada auf den Markt kommen. Das bedeutet, die Fleischerzeuger in der EU „*müssen sich auf zusätzliche Konkurrenz aus Übersee einstellen*“² und der Wettbewerbsdruck steigt. Dies hat möglicherweise weitreichende soziale und ökologische Folgen für einige EU-Regionen, die sich auf die besonders nachhaltige Mutterkuhhaltung und extensive Rindfleischproduktion spezialisiert haben. Eine Erzeugung, die viele Ökosystemdienstleistungen (Biodiversität, Wasserreproduktion, Kohlenstoffspeicherung) bietet. Mittelständische Landwirtschaftsbetriebe profitieren also beiderseits des Atlantiks nicht durch CETA.

Die Frage ist außerdem, wie die Kontrollen bei Rindfleisch aussehen werden, um Hormonfreiheit zu garantieren. Darüber hinaus ist in Kanada die Anwendung von Ractopamin (ein nicht hormoneller Wachstumsbeschleuniger) in der Schweinemast üblich, in der EU ist er verboten. Dies bedeutet vermehrten Druck zur Angleichung der Mastmethoden gegen unser Vorsorgeprinzip, gegen den Willen der Verbraucher und gegen den Tierschutz.

Ursprungsbezeichnungen wertlos?

Zwar hat Kanada die europäischen Ursprungsbezeichnungen anerkannt, aber ein besserer Schutz der europäischen Angaben vor kanadischen ähnlich klingenden Produktnamen wurde von der EU-Verhandlungsseite nicht durchgesetzt: Am Markt "etablierte" kanadische Produkte (das heißt alle, die es vor dem CETA-Abkommen schon gab!) dürfen auch weiterhin Feta, Gorgonzola, Fontina, Asiago sowie französischer Munster heißen. Bei neuen Produkten dürfen die Namen weiterhin "anklingen". Die Bezeichnungen

² So bewertete die EU-Kommission, diese Handelskontingente schon im Oktober 2013.

"Black Forest Ham" und "Bayerisches Bier" sind für kanadische Produkte ebenfalls weiterhin erlaubt (Kapitel 22 „Geistiges Eigentum“, S. 347).

Investitionsschutz (ISDS)

Die Passagen zum Investitionsschutz und zum Schiedsgerichtsverfahren (Kapitel „Investitionen“, S. 146 ff.) entsprechen weitgehend wortgleich dem von der Europäischen Kommission zur öffentlichen Diskussion und Abstimmung gestellten Text im Rahmen des Konsultationsverfahrens zum Investitionsschutzkapitel in TTIP. Offensichtlich nimmt man das Konsultationsverfahren hier nicht ernst.

Auch US-amerikanischen Investoren mit Tochterunternehmen in Kanada können auf Grundlage dieses Vertragstextes gegen europäische Staaten und die Europäische Union Schiedsgerichtsverfahren einleiten.

Kritik auch in Kanada

Die Kritik auf beiden Seiten des Atlantiks wird lauter. Auch die Kanadier werden immer skeptischer. Zwar unterstützen große Teile der Industrie, die großen Medien und die beiden wichtigsten Parteien den Vertrag. Doch ähnlich wie in Europa beklagt man in Kanada die Geheimniskrämerei bei den Verhandlungen. Bei einer Umfrage verlangten zuletzt 80 Prozent der Befragten von ihrer Regierung mehr Aufklärung und forderten öffentliche CETA-Anhörungen. Große Bedenken haben auch kanadische Gewerkschaften, Umweltverbände, Kommunen und regierungskritische Organisationen. Die Grünen in Europa und Kanada warnen gemeinsam in einem [Brief](#) an Premierminister Harper und Präsident Barroso vor negativen Folgen des Handelsabkommens CETA, da es „das demokratische Fundament“ der beteiligten Staaten zu unterhöhlen drohe.

Mehr als hundert Organisationen auf beiden Seiten des Atlantiks haben eine [Erklärung](#) unterschrieben, die entschieden gegen den Abschluss von CETA ist, weil das Abkommen multinationalen Konzernen zu viel Macht auf Kosten der Bürgerrechte einräumt.

Wer darf abstimmen?

Die EU-Kommission geht derzeit davon aus, dass die nationalen Parlamente dem Abkommen nicht zustimmen müssen. Allerdings stehen in dem Abkommen auch Dinge, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen (zum Beispiel Fragen der Kultur und öffentlicher Dienstleistungen). Dies bedeutet, dass die Mitgliedstaaten – also in Deutschland Bundestag und Bundesrat – zustimmen müssten, da es sich um ein sogenanntes „gemischtes Abkommen“ handelt. Der juristische Dienst des Rates sieht CETA ebenfalls als gemischtes Abkommen.

Weitere Infos:

Informationen der Europäischen Kommission:

<http://ec.europa.eu/trade/policy/countriesand-regions/countries/canada/>

Informationen der Europäischen GRÜNEN Gruppe:

<http://www.gruene-europa.de/eu-freihandelsabkommen-mit-kanada-10793.html>

Hintergrundinformationen von Attac:

<http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfallettip/hintergrund/ceta/>

Hintergrundinformationen von Corporate Europe Observatory:

<http://corporateeurope.org/trade/2013/11/eu-canada-trade-agreement-more-100-organizations-oppose-dangerous-investor-rights>

Hintergrundinformationen des Canadian Centre for Policy Alternatives:

<https://www.policyalternatives.ca/publications/reports/making-sense-ceta>

Weitere Informationen zum Freihandelsabkommen TTIP auf

<http://www.martin-haeusling.eu/themen/welthandel-und-welternahrung.html>

Oder unter info@martin-haeusling.eu